

Unser Versprechen: Entschlossen für eine **SOLIDARISCHE ZUKUNFT.**

MIT ZUVERSICHT NACH VORN. AUF UNS SOLL WIEDER VERLASS SEIN!

von Sebastian Hartmann

Die Grundidee der Sozialdemokratie ist, dass ein besseres Morgen durch Solidarität vieler erreichbar ist. Wir leben damit vom Hoffnungsüberschuss auf das Kommende und der Zuversicht, dass sich die Dinge trotz aller Widrigkeiten zum Besseren wenden lassen. Doch dies scheint – in Zeiten des erstarkenden Rechtsnationalismus und Extremismus, des Turbokapitalismus und seinen spürbaren Auswirkungen auf traditionelle Unternehmen bis hin zum unbezahlbaren Wohnen oder scheinbar unlösbarer Klimakrise – schwieriger denn je.

Wir haben uns als NRWSPD selbstbewusst mit unserem Landesparteitag im Juni 2018 auf den Weg gemacht, offene Fragen zu klären, zu klaren Positionen zu finden und ein neues Angebot zu machen. Mehr noch: Das Versprechen gegeben, gemachte Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen oder erneut auf falsche Denklöge und die Argumentationsmuster der politischen Gegner rechts wie links hereinzufallen.

Wir können Wandel gestalten

Wir haben Antworten und Vorschläge erarbeitet, wie ein neuer solidarischer Staat wieder das gewährleisten kann, was wir Menschen brauchen: bezahlbares Wohnen, Mobilität in Stadt und Land, gute Bildung, Arbeit, die sich lohnt und eine gesetzliche Rente, auf die man sich im Alter verlassen kann. Diese Antworten sind dringend nötig. Nur so entsteht neues Vertrauen in der Mitte unserer Gesellschaft. Denn wir erkennen, dass bestimmte soziale Versprechen, die moderne Gesellschaften lange Zeit zusammenhielten, nicht länger eingehalten werden. Wir nehmen eine zunehmende Unwucht in unserer Gesellschaft wahr, wir erleben Abstiegsangst bis weit in die Mittelschicht hinein. Umso wichtiger ist es, dass wir uns bewusst sind: Jeder Wandel ist von Menschen gemacht, ob Digitalisierung, Globalisierung oder Klimawandel. Und wir können diesen Wandel gestalten. Wir können dafür sorgen, dass dieser Wandel zu sozialem Fortschritt führt, zu einem Wandel für die Menschen. Dafür müssen die Menschen im Land neu erfahren, dass es genau eine Kraft gibt, die diesen Weg konsequent beschreitet und an ihrer Seite steht. Auf uns soll Verlass sein. Die Sozialdemokratie.

Dafür mache ich Politik. Und daher blicke ich mit Zuversicht nach vorn. Wir werden auf dem Landesparteitag wegweisende Entscheidungen über die wichtigsten gesellschaftlichen Fragen des kommenden Jahrzehnts treffen. Und wir werden konkrete Versprechen formulieren, die den Weg in eine solidarische Zukunft weisen.

Investitionen sind dringend nötig

Unsere öffentliche Infrastruktur ist in die Jahre gekommen. Investitionen in Bildung, in Straßen und Schienen, in die digitale und analoge Sicherheitsarchitektur bleiben aus. Wir brauchen gleichzeitig mehr Lehrerinnen, Erzieher und Polizistinnen, die für ihre gute Arbeit auch angemessen bezahlt werden. Um diese Probleme anzugehen, brauchen wir ein Steuer- und Finanzkonzept, das die einkommensstärksten und vermögendsten Haushalte in unserem Land wieder stärker oder im Falle mancher Digitalkonzerne überhaupt an der solidarischen Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt.

Faire Chancen für alle

Unser Land, unsere Gesellschaft, aber in der Folge auch die SPD war immer dann stark, als wir gleichen und fairen Zugang zu öffentlichen Gütern über Bildung und damit Aufstieg, Wohnen und dadurch Heimat, Mobilität, aber auch Sicherheit für alle Menschen und gute Arbeit zu



fairen Löhnen organisiert und sichergestellt haben. Das schuf solidarischen Zusammenhalt in einer sich wandelnden Gesellschaft und ist zugleich ein starkes Zukunftsversprechen. Sei ehrlich, halte Dich an die Regeln und sei solidarisch – damit alle eine faire Chance haben.

Ich habe diesen wieder zu bestimmenden Kurs auf unserem Landesparteitag als „New Deal“ und als „Jahrzehnt der sozialen Investitionen und Innovationen“ bezeichnet. Diese Gedanken sind grundlegend für unsere gemeinsame Arbeit. Auf diese Weise schreiben wir einen neuen, modernen, fortschrittszuversichtlichen und solidarischen Entwurf für die Zukunft unseres Landes. Diesen Weg werden wir entschlossen beschreiten. Solidarität bedeutet gute Hoffnung und ist die Absage an Ellenbogen und brutale Marktlogiken. Das ist unser neues Versprechen. Entschlossen für eine solidarische Zukunft. ■

FAQ ZUM LANDESPARTEITAG

Was ist der Landesparteitag?

Er ist oberstes Organ der NRWSPD, trifft die verbindlichen Beschlüsse in allen Politikbereichen und wählt den Landesvorstand, die Kontrollkommission und die drei Schiedskommissionen. Eine Sonderform des Parteitages ist die Landesdelegiertenkonferenz. Diese wird zur Aufstellung von Landeslisten für Wahlen, wie z.B. Landtags- und Bundestagswahlen, einberufen.

Wer nimmt am Landesparteitag teil?

Der Landesparteitag besteht aus 450 in den Unterbezirken gewählten Delegierten sowie den 38 gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes. Zahlreiche beratende Mitglieder nehmen ohne Stimmrecht an den Verhandlungen des Landesparteitages teil, darunter alle SPD-Abgeordneten aus NRW, die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften der NRWSPD und die Mitglieder des Parteikonventes sowie des Landesparteirates.

Wie oft findet ein Landesparteitag statt?

Ein ordentlicher Landesparteitag findet alle zwei Jahre statt, dann wird auch der Vorstand neu gewählt. Darüber hinaus kann ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden, wenn der Landesparteitag mit einfacher Mehrheit oder der Landesvorstand mit 3/4 seiner Mitglieder dies beschließt oder 2/5 der Unterbezirksvorstände dies verlangen.

Warum wurde dieses Jahr ein außerordentlicher Landesparteitag einberufen?

Der Landesparteitag am 23. Juni 2018 hat mit der Annahme des Leitantes einen außerordentlichen Landesparteitag im Jahr 2019 beschlossen. Der Landesvorstand hat den außerordentlichen Landesparteitag für den 21. September einberufen, um über den Stand der Erneuerung der NRWSPD zu beraten.

Wie kann ich Einfluss auf den Landesparteitag nehmen?

Wer auf dem Landesparteitag mitentscheiden will, muss als Delegierter bzw. Delegierte in seinem Unterbezirk gewählt werden. Darüber hinaus können Ortvereine, Stadtverbände und Unterbezirke sowie Landesarbeitsgemeinschaften Anträge an den Landesparteitag richten.

Wo kann ich die Unterlagen für den Landesparteitag einsehen?

Das Antragsbuch mit den Leitträgen und den Änderungsanträgen werden auf der Homepage der NRWSPD veröffentlicht.

Wie erfahre ich von den Ergebnissen des Landesparteitages?

Die Ergebnisse bzw. Beschlüsse des Landesparteitages werden u.a. auf der Homepage der NRWSPD veröffentlicht.

3 MAL KURZ UND KNAPP mit Hannah Kikwitzki



Hannah Kikwitzki ist Jugendbildungsreferentin der NRW Jusos und war vom 30. Juli bis zum 4. August beim traditionellen Summercamp der Young European Socialists (YES) mit zehn weiteren NRW-Delegierten dabei. Dieses Jahr fand das Summercamp in Albena, an der bulgarischen Schwarzmeerküste, statt.

Beim Summercamp treffen sich Jungsozialisten und Jungsozialistinnen aus ganz Europa. Was steht an diesen Tagen auf dem Programm?

Das Programm stand unter dem Motto „we fight for every social right“. Es wird von YES zusammengestellt und bietet ein buntes Potpourri an Workshops zu den unterschiedlichsten Themen. Von Plattformökonomie, EU-Integration, Klimawandel, Wahlkampfarbeit oder feministische Kämpfe – über kommunale bis internationale Fragestellungen war für jede und jeden etwas dabei. Besonders spannend fand ich persönlich die Workshops zu der Beziehung zwischen der EU und Russland und die Frage, wie wir mit anderen Parteienfamilien Koalitionen bilden können. Außerdem gab es ein breites Abendprogramm mit einem Pubquiz, einer internationalen Snack Night und – dem absoluten Höhepunkt des Summercamps – der ersten Pride Parade in Bulgarien außerhalb der Hauptstadt Sofias.

Wie eng ist der Austausch mit den anderen Jugendorganisationen? Was nimmst du aus diesen Begegnungen mit?

Das Summercamp bietet eine tolle Plattform, um mit sozialdemokratischen und sozialistischen Jugendorganisationen aus ganz Europa zusammenzukommen – in den Workshops und während des Abendprogramms, aber auch in der Freizeit bei Volleyballspielen, beim gemeinsamen Singen oder bei Flunkyball-Turnieren. Mich persönlich haben vor allem die Delegationstreffen zwischen den Ländern und Regionen beeindruckt. Denn hier konnten wir ganz persönlich über aktuelle politische Herausforderungen in den jeweiligen Ländern sprechen. Wir, als NRW-Delegation, haben ein Treffen mit Teilnehmenden aus Georgien organisiert. Dabei haben wir viel über die Stellung der Frau in Georgien, den Umgang mit den abtrünnigen Gebieten Abchasien und Südossetien sowie über das starke Stadt-Land-Gefälle in dem Kaukasusstaat erfahren. Durch den Austausch ist mir erneut deutlich geworden, wie wichtig internationale Solidarität mit unseren sozialdemokratischen Partner*innen auch und

vor allem aus solchen Staaten ist, die nicht häufig im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit stehen.

Welchen Eindruck hat Bulgarien als Gastland bei dir hinterlassen?

Die beiden gastgebenden Jugendorganisationen haben sich sichtbar ins Zeug gelegt, um für die Teilnehmenden ein großartiges Summercamp zu organisieren. Der Austausch mit den beiden Organisationen hat mir noch einmal deutlich gemacht, wie groß die Probleme in Bulgarien, insbesondere im Bereich Arbeitslosigkeit, Rente, Korruption und Sozialstaat, heute noch sind. Neben all den Gemeinsamkeiten, die ich zwischen unserer und der bulgarischen Arbeit für ein gerechteres und sozialeres System gesehen habe, gab es aber auch Themen, bei denen ich gemerkt habe, dass wir unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Zum Beispiel bei dem Engagement für Minderheiten, die aufgrund ihrer sexuellen Identität Diskriminierung erfahren. Trotzdem wurden die Diskussionen darüber immer sehr respekt- und verständnisvoll geführt. Nicht zuletzt deswegen wird mir Bulgarien als Gastland des Summercamps in guter Erinnerung bleiben. ■



DIE ENERGIEWENDE MUSS SOLIDARISCH SEIN

Am 9. Juli hat die SPD-Landtagsfraktion das Positionspapier „Für eine solidarische Energiewende“ beschlossen. Darin wird umfassend der Weg beschrieben, wie die Energiewende sozialdemokratisch gestaltet werden kann. Wir haben mit den Autoren des Papiers Marc Herter und Frank Sundermann gesprochen.

In eurem Positionspapier setzt ihr euch sehr umfassend mit dem Thema Energiewende auseinander. Was sind die zentralen Gedanken, die in dem Papier stecken?

Marc Herter: Der allerwichtigste Punkt ist folgender: Wir müssen aus der Energiewende, die oft als eine reine Klimadebatte geführt wird, ein wirtschaftliches und soziales Projekt machen. Das ist die Philosophie dieses Papiers. Denn die Antwort auf die reine Klimafrage wäre ja ganz einfach: Wir schalten einfach sofort alle Kraftwerke ab. Das würde aber zu massiven Strukturbrüchen und Belastungen führen. Die Herausforderung liegt darin, wirtschaftliche und vor allem sozialverträgliche Lösungen zu entwickeln.

Liegt darin der Unterschied zwischen sozialdemokratischer Klimapolitik und der Politik der Grünen?

Frank Sundermann: Ganz klar ja. Auch bei der Energiewende muss gelten: die stärkeren Schultern müssen mehr tragen als die schwächeren Schultern. Energie, Wohnen und Mobilität müssen bezahlbar bleiben. Wer das Ende des Monats mehr fürchtet als das Ende der Welt, wird neue Verbrauchssteuern oder höhere Nebenkosten nicht hinnehmen. Das führt zu sozialer Spaltung. Wir müssen eine breite Akzeptanz für die Energiewende schaffen. Wir unterstützen daher den Vorschlag von Bundesumweltministerin Svenja Schulze, die Einnahmen aus einer CO₂-Besteu-

erung in Form einer Prämie an die Menschen zurückzugeben und dabei die zu belohnen, die weniger CO₂ verursachen – das sind mehrheitlich die Menschen mit niedrigeren Einkommen.

Marc Herter: Eine Verichtsdebatte bringt uns nicht weiter. Entscheidend ist, was wächst. Ökologisches Wachstum, beispielsweise bei regenerativen Energien, bei alternativen Antriebstechniken oder in der ökologischen Landwirtschaft, ist die Grundlage für neue Wettbewerbsfähigkeit und neue Lebensqualität. Das ist unser Ziel und dafür brauchen wir Zukunftsinvestitionen von Seiten des Staates und der Unternehmen. Investitionen in technische Innovationen und gute Arbeit sind der Schlüssel dafür.

Der Strukturwandel ist ja gerade für NRW als Industriestandort und Energieland Nr. 1 von zentraler Bedeutung. Sind wir technologisch denn so weit, die Energiewende umzusetzen?

Frank Sundermann: Technisch sind wir so weit. Die Lösungen sind da. Aber das kommt nicht von allein, da müssen wir jetzt anpacken. Die Arbeitnehmer in der Industrie und auch vielen Dienstleistungsbereichen haben die Ideen und den Fleiß, das zu schaffen. Es geht jetzt um die Frage, wie wir diese Möglichkeiten nutzen. Und das steht und fällt mit den richtigen Investitionen – nicht nur in Innovation und Technik, sondern auch in die soziale Sicherheit, damit im Wandel keiner auf der Strecke bleibt.

Wie steht es um den politischen Willen bei der amtierenden Landesregierung?

Marc Herter: Schwarz-Gelb hat erst kürzlich mit dem neuen Landesentwicklungsplan beschlossen, den Ausbau von Windrädern stark einzuschränken. Völlig ohne Not, denn wir haben im Bundesbaugesetz eine sachgerechte Regelung, die alle in die Pflicht nimmt und nicht einzelne übermäßig belastet. Das letzte, was wir jetzt brauchen, sind zusätzliche Hürden.

Frank Sundermann: Wir schlagen zusätzlich vor, dass pro Kommune nur 10 % der Potenzialfläche für Windkraft genutzt werden dürfen. Außerdem sollen Kommunen und Bürger durch Ertragsbeteiligungen von den Anlagen in ihrer Umgebung profitieren. So schaffen wir Akzeptanz. Und nur mit Akzeptanz der Mehrheit kann die Energiewende gelingen. ■